

I1 Integration fördern – Diskriminierung beenden – Radikalisierung vorbeugen

Gremium: LAG Integration, Flucht, Migration

Beschlussdatum: 23.09.2024

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1. Integrationsmaßnahmen ausbauen – Kommunen entlasten

2. Radikalisierungsbekämpfung: Ermittlungsbehörden sinnvoll stärken statt dauerhafte Grenzkontrollen

Die Migrationsdebatte ist seit dem Attentat von Solingen einmal mehr aus den Fugen geraten. Die Ampel-Regierung versucht, den immer neuen Forderungen der CDU/CSU-Opposition mit schrittweisen Verschärfungen zu begegnen. Diese Strategie geht nicht auf: die in Teilen rechtsextreme AfD wird trotzdem stärker und CDU/CSU reagieren auf jedes Entgegenkommen mit immer weitergehenden Forderungen, die auf die völlige Erosion des europäischen Flüchtlingsrechts abzielen.

Um zu einer sachlichen Debatte zurückzukommen, muss zuallererst wieder anerkannt werden: Die allermeisten Menschen, die in Deutschland und anderen europäischen Staaten um Asyl bitten, sind keine Kriminellen – sie sind selbst vor Terror und Krieg geflohen und erhoffen sich ein selbstbestimmtes, friedliches Leben in Freiheit und Sicherheit. Der in der öffentlichen Diskussion stattfindenden, offenen oder versteckten Diskriminierung von Geflüchteten und deren pauschale Gleichsetzung mit Kriminalität und Terrorismus muss entschieden entgegengetreten werden.

Es muss jetzt darum gehen, der Bevölkerung die durch den politischen und medialen Diskurs mit viel Populismus angefachten Ängste zu nehmen, wieder Vertrauen in unsere politische Handlungsfähigkeit aufzubauen und damit wichtige, historische Errungenschaften wie das internationale Asylrecht und den Schengenraum, aber auch den sozialen Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft zu schützen.

Vernunftbasierte Politik statt kopfloser Populismus! Für eine effektive, menschenwürdige und rechtssichere Asyl- und Integrationspolitik – und eine zielgerichtete Prävention von Radikalisierung zum Schutz aller hier lebenden Menschen.

28 **1. Integrationsmaßnahmen ausbauen – Kommunen entlasten**

29 Finanzielle und personelle Investitionen in zielführende Integrationsmaßnahmen
30 senken mittelfristig die staatlichen Kosten. Eine effektive, gerechte,
31 menschliche und ganzheitliche Integrationspolitik ist die beste Prävention von
32 Radikalisierung und Kriminalität und trägt zudem zum Wohlstand sowie zum
33 sozialen Frieden unserer Gesellschaft bei.

34 - *Integration als Kommunale Pflichtaufgabe*

35 Integration von Migrant*innen muss per Gesetz als Pflichtaufgabe der Kommunen
36 definiert werden – statt als sogenannte ‚freiwillige Aufgabe‘. Dann haben die
37 Kommunen Anspruch auf eine angemessene und dauerhafte finanzielle Ausstattung
38 aus Steuermitteln und können kommunale Integrationskonzepte erstellen, die
39 angepasst auf ihre Situation vor Ort wirken. Dies ist die Basis für alle
40 Einzelmaßnahmen.

41 - *Betreuungsschlüssel erhöhen*

42 Die Anzahl der hauptamtlichen Integrationsberater*innen muss bedarfsgerecht
43 erhöht werden, um die Ehrenamtlichen von Routineaufgaben wie dem Ausfüllen von
44 Formularen zu entlasten. Schon länger in Deutschland lebende Geflüchtete mit
45 guten Sprachkenntnissen könnten offiziell und gegen Bezahlung ebenfalls deutlich
46 zur Entlastung und Vermittlung beitragen. Mit der dadurch gewonnen Zeit und
47 Energie können sich Ehrenamtliche auf soziale und interaktive
48 Integrationsmaßnahmen konzentrieren, zwischenmenschliche Beziehungen und
49 Vertrauensverhältnisse aufbauen. Mit einem erhöhten hauptamtlichen
50 Betreuungsschlüssel können Menschen in psychischen Ausnahmesituationen, aber
51 auch mit Radikalisierungstendenzen schneller erkannt werden und es können
52 effektive präventive Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit eingeleitet
53 werden.

54 - *Ghettobildungen vermeiden – Wohnraum schaffen*

55 Der Ghettobildung durch lange Verweildauer in den Gemeinschaftsunterkünften muss
56 durch einen Aktionsplan ‚kostengünstige Wohnungen für Geflüchtete mit Einfach-
57 Standard‘ entgegengetreten werden. Dafür gibt es Beispiele, z.B. in München. Das
58 Baurecht muss entsprechend angepasst werden.

59 - *Bayern: Gleichmäßige Verteilung von Geflüchteten*

60 Immer wieder kommt es vor, dass kleine Kommunen mit übergroßen
61 Gemeinschaftsunterkünften konfrontiert werden. Die konsequente Anwendung des
62 ‚Königsteiner Schlüssels‘ bei der Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen

63 (nicht nur Länder und Landkreise) kann hier einer Überforderung einzelner Orte
64 entgegenwirken.

65 - *Schnelle Integration in den Arbeitsmarkt*

66 Die noch verbliebenen Hürden für die schnellstmögliche Integration in den
67 Arbeitsmarkt müssen schnellstmöglich beseitigt werden. Zudem sollten
68 Arbeitgeber*innen selbst entscheiden können, welches Sprachniveau für
69 individuell benötigte Tätigkeiten erforderlich ist. In Unternehmen angebotene,
70 begleitende Integrations- und Sprachkurse sollten durch ein staatliches
71 Förderprogramm unterstützt werden

72 - *Kinderbetreuung und Bildung für alle*

73 Schulen und KiTas müssen personell so ausgestattet werden, dass sie die
74 Integrationsaufgaben mit den zugewanderten Kindern auch wirklich leisten können.
75 Für viele anfallende Tätigkeiten (Essen zubereiten, Vorlesen, sportliche und
76 kreative Aktivitäten) braucht es nicht zwingend pädagogisches Personal – hier
77 können Quereinsteiger*innen zur unmittelbaren Entlastung für Lehrer*innen und
78 Erzieher*innen vor Ort beitragen.

79 - *Für Geflüchtete & Kommunen: Bayerische Variante der Bezahlkarte abschaffen*

80 Die Bezahlkarte in Bayern mit der Möglichkeit, höchstens 50 Euro Bargeld pro
81 Monat zur Verfügung zu haben, kostet die Steuerzahler*innen unverhältnismäßig
82 viel, belastet zusätzlich das ohnehin schon oft am Limit arbeitende
83 Verwaltungspersonal und behindert die gesellschaftliche Teilhabe und Integration
84 von Asylbewerber*innen und Geflüchteten, indem sie deren Handlungsspielräume
85 unnötig einschränkt und ist zudem laut Datenschutzaufsichtsbehörde der Länder
86 unrechtmäßig (siehe Beschluss vom 19.08.2024.) Für jede „außergewöhnliche“
87 Ausgabe (Vereinsbeitrag, Anwaltskosten, ein gebrauchtes Fahrrad, ...) muss bei den
88 Verwaltungsmitarbeiter*innen persönlich vorgesprochen werden. Als sinnvoll
89 erachten wir eine „Umwidmung“ der bayerischen Bezahlkarte in eine so genannte
90 „SocialCard“ nach dem Modell in Hannover, die bewusst auf eine
91 Bargeldbeschränkung verzichtet.

92 - *EU-Ebene: Gelingende Integration durch faire Verteilung fördern*

93 Wir Grüne hatten und haben mit diesem Kompromiss große Bauchschmerzen, aber wir
94 tragen ihn mit: Dem im April dieses Jahres verabschiedeten ‚Gemeinsamen
95 europäischen Asylsystem‘ (GEAS) haben alle EU-Länder und das Europaparlament
96 zugestimmt. Es löst das gescheiterte Dublin-System ab und schafft ein
97 verbindliches Solidaritäts- und Verteilsystem (entweder Aufnahme Geflüchteter
98 oder finanzielle und personelle Leistungen), bei dem die Verteilung an den

99 Außengrenzen stattfindet – und die innereuropäischen Grenzen offenbleiben.
100 Angesichts des sich immer weiter auf nationale Abschottung setzenden Kurses
101 sollte die Beschlusslage unter Einhaltung internationaler Menschenrechte und
102 strenger Beobachtung durch internationale Organisationen zuerst umgesetzt
103 werden, so dass die Menschen mit Recht auf Asyl schnell im sie aufnehmenden Land
104 Fuß fassen können.

105 **2. Radikalisierungsbekämpfung: Ermittlungsbehörden sinnvoll stärken statt** 106 **dauerhafte Grenzkontrollen**

107 Terrorismus jeglicher Art ist eine Bedrohung der freiheitlichen Welt, der nur in
108 internationaler Zusammenarbeit die Stirn geboten werden kann. Auf die sich
109 schnell ändernden Gegebenheiten abgestimmte, moderne, kooperative
110 Ermittlungsverfahren sind dafür unabdingbar – und zielführender als nationale
111 Alleingänge. Nationale Präventivmaßnahmen müssen parallel dazu durchgeführt
112 werden.

113 *- Effektive europäische Zusammenarbeit*

114 Die Maßnahme, einseitig die Grenzen Deutschlands zu schließen und Geflüchtete
115 bereits an der Grenze „zurückzuschieben“, widerspricht der Genfer
116 Flüchtlingskonvention, gefährdet das Schengen-Abkommen – und wird weder dazu
117 führen, mutmaßliche Terroristen zu erkennen noch Geflüchtete davon abhalten,
118 sich auf den Weg zu machen. Dieses Vorhaben wird aber eine Kette von
119 Gegenreaktionen der anderen EU-Ländern auslösen, an deren Ende geschlossene
120 Grenzen in ganz Europa stehen. Das wäre eine große Gefahr für das europäische
121 Gleichgewicht und würde unzähligen europäischen Bürger*innen Alltag und
122 Arbeitsleben erschweren sowie ihr Grundrecht auf Reisefreiheit einschränken.
123 Außerdem wird die ohnehin schon oft unterbesetzte Bundespolizei durch
124 ausgeweitete Grenzkontrollen zusätzlich belastet und möglicherweise von
125 effektiveren Einsatzbereichen zur Terrorbekämpfung an Bahnhöfen, Flughäfen und
126 in Fußballstadien abgehalten.

127 Zusammengefasst: Die von Bundesinnenministerin Nancy Faeser angeordneten,
128 dauerhaften Grenzkontrollen sind unverhältnismäßig, rechtlich in einer Grauzone,
129 binden Polizeibeamte, die anderweitig benötigt werden, behindern Bürger*innen
130 sowie die Arbeitsalltag von unzähligen, am innereuropäischen Warenverkehr
131 beteiligten Arbeitnehmer*innen und bringen eine der bedeutendsten
132 Errungenschaften der Nachkriegszeit – den Schengenraum – in Gefahr.

133 Stattdessen sollten die europäischen Geheimdienste sowie Polizei- und
134 Strafverfolgungsbehörden noch intensiver zusammenarbeiten und
135 sicherheitsrelevante Erkenntnisse über so genannte Gefährder*innen unkompliziert
136 austauschen können.

137 - *Polizei und Ermittlungsbehörden für Internetkriminalität zeitgerecht*
138 *ausstatten*

139 Wer schon einmal mit Hassverbrechen im Internet konfrontiert war, weiß, wie
140 überlastet und überfordert die Strafverfolgungsbehörden sind. Kaum ein Täter
141 wird gefasst. Hier braucht es endlich eine angemessene Ausstattung der
142 Strafverfolgungsbehörden, damit Straftäter sich durch Straflosigkeit nicht
143 länger in ihren Taten bestärkt fühlen, Hass schüren und Menschen mit
144 extremistischer Ideologie verführen können. Hasskriminalität, Desinformation und
145 Radikalisierung im Netz müssen stärker bekämpft werden.

146 Allerdings gilt es im parlamentarischen Verfahren dafür zu sorgen, dass hier
147 keine Regeln geschaffen werden, die willkürliches Behördenhandeln fördern oder
148 rechtliche Unklarheiten verschärfen. Law-and-Order-Schnellschüssen sollten klare
149 Absagen erteilt werden.

150 - *Keine Abschiebedeals mit Gewaltherrschern*

151 Auch wenn Abschiebungen von Straftätern ggf. von der Genfer
152 Flüchtlingskonvention gedeckt wären: Abschiebedeals mit Terrororganisationen wie
153 den Taliban in Afghanistan oder dem Assad-Regime in Syrien stehen im krassen
154 Widerspruch zu unseren nationalen Interessen. Mit uns wird es auch künftig keine
155 Verhandlungen mit Terroristen geben und mit uns sollen keine Steuergelder an
156 Terroristen fließen, die zur Radikalisierung weiterer Menschen genutzt werden
157 können. Im Sinne des Opferschutzes sollen schwere Straftaten nach nationalem
158 Recht mit aller Härte bestraft werden.

159 - *Islamistische Prediger und Vereine schneller verbieten*

160 Das Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), das vermutlich direkte
161 Weisungen der iranischen Regierung umgesetzt hat, war richtig – kommt aber 30
162 Jahre, nachdem der Verfassungsschutz erstmals vor islamistischen Tendenzen
163 gewarnt hat, deutlich zu spät. Wenn es Informationen und Beweise für
164 demokratiefeindliche und antisemitische Bestrebungen gibt, müssen die Behörden
165 schneller und effektiver mit Verboten und der Sperrung von Onlineauftritten
166 handeln dürfen – auch und insbesondere zum Schutz der Millionen die Demokratie
167 wertschätzenden Musliminnen und Muslime, die Teil unserer vielfältigen
168 Gesellschaft sind.

169 - *Ausweitung des Islamunterrichts an Schulen*

170 Die Einführung des Islamunterrichts als Wahlpflichtfach in Bayern war ein
171 wichtiger erster Schritt, um muslimische Schüler*innen und ihre Eltern in ihrer
172 religiösen Identität ernst zu nehmen und ein elementares Gefühl der

173 Zugehörigkeit zu geben. Durch die Möglichkeit, die verschiedenen Ausprägungen
174 des Islam ohne Einwirkung eines ausländischen Staates oder Vereins
175 kennenzulernen, kann der einseitigen Fixierung auf radikale Auslegungen effektiv
176 vorgebeugt werden. Der Bedarf an Lehrpersonal für Islamunterricht ist aber bei
177 weitem nicht gedeckt, für die Oberstufe wird bisher gar kein entsprechender
178 Unterricht angeboten und eine echte Gleichberechtigung ist durch ein
179 „Wahlpflichtfach“ nicht gegeben. Wir setzen uns für einen islamischen
180 Religionsunterricht ein, der auf Augenhöhe mit dem bisher in Bayern etablierten,
181 konfessionsgebundenen Religionsunterricht steht und flächendeckend mit
182 ausreichend Personal gedeckt ist, das sich zu unserer demokratischen
183 Grundordnung bekennt.

Unterstützer*innen

Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Lendita Musliji (KV München), Dardan Kolic (KV München), Raluca Behrens (KV Dachau), Kristin Martl-Hassan (KV Mühldorf), Kerstin Daser (KV Mühldorf), Stefan Haas (KV Dachau), Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt), Christian Wiedemann (KV München), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Matthias Kraft (KV Mühldorf), Hilke Ganzert (KV München), Patrizia Siontas (KV Erlangen-Land), Felix Gerstner (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Karolina Novinscak Kölker (KV München), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen), Martin Cremer (KV Dachau), Verena Machnik (KV Starnberg), Tanja Josche (KV Roth), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Simone Duling (KV Dachau), Flora Weichmann (KV Starnberg), Philipp Jonsson (KV Fürstenfeldbruck), Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt), Sandra Smolka (KV Freising), Peter Hartmann (KV Bad Kissingen), Katharina Bach (KV Ansbach), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Kay Paulick (KV Rosenheim), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)

I2 Die Grenzen der Digitalisierung nachhaltig verschieben

Gremium: KV Fürth-Land
Beschlussdatum: 18.09.2024
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Um Bayern in der Digitalisierung weiterzubringen, ist auch in der
2 Digitalisierung viel zu tun. Alle sprechen davon, aber kaum einer packt es
3 wirklich an. Tatsächlich stellt sie jedoch eine enorme Gelegenheit für unsere
4 Volkswirtschaft, die Wissenschaft und nicht zuletzt für jeden Einzelnen dar.

5 Sie hat das Potenzial, die unangenehmen Aspekte des Lebens zu erleichtern: die
6 Kommunikation mit staatlichen Institutionen, Behördengänge und
7 Genehmigungsverfahren. Hier muss jedoch das Mindset in den Behörden und
8 staatlichen Institutionen angepasst werden. Einige Pilotprojekte in Nordbayern
9 zeigen bereits, wie es funktionieren kann, Behördenarbeit nachhaltig zu
10 digitalisieren.

11 Digitalisierung bietet nicht nur den Bürger*innen einen einfacheren Zugang zu
12 ihrer Verwaltung. Sie ist auch ein entscheidender Standortfaktor für
13 nachhaltigen und sozialen Wohlstand. Außerdem wirkt sie dem Fachkräftemangel in
14 bayerischen Behörden entgegen. Die Digitalisierung ist der Schlüssel zur
15 Beseitigung überflüssiger Bürokratie, die Unternehmen Zeit raubt, Personal in
16 repetitiven Prozessen bindet und Wertschöpfung hemmt. Somit ist die
17 Digitalisierung ein wichtiges Instrument, um die richtige Wettbewerbsfähigkeit
18 unseres Wirtschaftsstandortes zu erhöhen.

1. Stärkung der digitalen Infrastruktur

- 20 • Ausbau des schnellen Internets in ländlichen und städtischen Gebieten.
- 21 • Förderung von Investitionen in moderne Technologien und digitale
22 Netzwerke.
- 23 • Weitere Unterstützung für den Aufbau von Co-Working-Spaces und
24 Gründerzentren, um digitale Innovationen zu fördern.
- 25 • Schaffung von Austauschplattformen für innovative Unternehmen in der Nähe
26 zur Politik

27 **2. Förderung von Bildung und Kompetenzentwicklung**

- 28 • Einführung von Programmen zur digitalen Weiterbildung für alle
29 Altersgruppen. Besonders Grundlagenschulungen für digitalisierungsferne
30 Haushalte haben einen dringenden Handlungsbedarf.
- 31 • Integration von digitalen Kompetenzen in die schulische Ausbildung ist
32 schon seit vielen Jahren ein dringendes Anliegen und sollte stark
33 ausgebaut und gefördert werden. Sonst wird es schwierig, die Impulse aus
34 der Hightech Agenda Bayern mit Leben zu füllen. Wir benötigen Studierende,
35 die fähig sind, digitale Werkzeuge zu entwickeln und nicht nur anzuwenden.
- 36 • Zusätzlich benötigen wir Unterstützung von Initiativen, die Kinder und
37 Jugendliche an die digitale Welt heranzuführen. Nur so können wir die
38 bestehende Innovationsschwäche an den Wirtschaftsstandorten in Bayern
39 überwinden.

40 **3. Verbesserung der Teilhabe an der digitalen Gesellschaft**

- 41 • Sicherstellung des Zugangs zu digitalen Dienstleistungen für
42 benachteiligte Gruppen. Besonders bei Bürgerentscheiden und
43 Beteiligungsverfahren ist es notwendig, einen barrierefreien Zugang zu
44 digitalen Beteiligungsplattformen zur Verfügung zu stellen.
- 45 • Maßnahmen zur Förderung der digitalen Souveränität in der Bevölkerung
46 sollen umgesetzt werden, um das enorme Wissenspotential der gesamten
47 Bevölkerung über alle Altersklassen hinweg digital zu nutzen. Wir haben
48 eine starke Generation älterer Menschen, die viel aus ihren Erfahrungen
49 weitergeben können. Lasst uns dieses Potenzial nutzen.
- 50 • Schaffung von Anlaufstellen, die Bürger in digitalen Fragen unterstützen,
51 sind notwendig, um Internet für die zur Verfügung zu stellen, die keinen
52 Zugang haben und Menschen bei der Nutzung unterstützen, bis diese allein
53 zur Technologieanwendung fähig sind.

54 **4. Innovationsförderung**

- 55 • Stärkung des Standorts Bayern als Innovationszentrum durch finanzielle
56 Anreize für Start-ups und Unternehmen im digitalen Bereich. Nicht mit der
57 Gießkanne soll gefördert, sondern offene Förderprogramme angeboten werden.
58 Gerade die neuesten Themen werden von den fokussierten Förderungen im
59 Freistaat Bayern nicht abgedeckt und benötigen einen themenoffenen Ansatz.
- 60 • Förderung von Forschung und Entwicklung in digitalen Technologien.

- 61 • Unterstützung von Netzwerken zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und
62 Zivilgesellschaft, um Mehrfach- und Parallelentwicklungen zu vermeiden,
63 die volkswirtschaftliche Redundanzen schaffen und viele Ressourcen
64 verschwenden.

65 Wir GRÜNE Bayern haben uns das Ziel gesetzt, unser Bundesland zur führenden
66 klimaneutralen Digitalregion in Europa zu entwickeln. Dieser
67 Transformationsprozess erfordert eine zeitgemäße, kreative und effizient
68 arbeitende Verwaltung sowie eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Als
69 GRÜNE Bayern möchten wir die Möglichkeiten
70 einer digitalen Verwaltung und einer robusten digitalen Infrastruktur bewusst
71 ausbauen
72 und den Herausforderungen, die auf diesem Weg auftreten, aktiv begegnen. Für ein
73 Land, das reibungslos funktioniert - sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als
74 auch für die Wirtschaft.

Unterstützer*innen

Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Karin Scherer (KV Erlangen-Land)

I3 3-Punkte-Plan zur Flüchtlingspolitik

Gremium: KV Fürstenfeldbruck
Beschlussdatum: 24.09.2024
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 **Kommunen entlasten**

2 **Rechtslücken schließen, Vollzugsdefizite abstellen**

3 **Europäische Lösung beschleunigt umsetzen**

4 Die öffentliche Debatte um die Flüchtlingspolitik in Deutschland reißt nicht ab.
5 Die Ampel-Regierung versucht, den immer neuen Forderungen der CDU/CSU-Opposition
6 mit schrittweisen Verschärfungen entgegenzukommen. Diese Strategie geht nicht
7 auf: die in Teilen rechtsextreme AfD wird trotzdem stärker; CDU/CSU reagieren
8 auf jedes Entgegenkommen mit immer weitergehenden Forderungen, die auf die
9 völlige Erosion des europäischen Flüchtlingsrechts abzielen. Es muss jetzt darum
10 gehen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Ampel-Politik und in eine
11 progressive Koalition nach der nächsten Bundestagswahl 2025 wiederherzustellen.
12 Gleichzeitig müssen wir die Sorgen der Bürger*innen ernst nehmen und eine gute
13 positive Antwort darauf anbieten.

14 Weltweit nimmt das Fluchtgeschehen weiter zu – zuletzt für uns besonders spürbar
15 durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine, der eine Million Menschen von dort
16 als Geflüchtete zu uns getrieben hat. Es gibt keinen Schalter, mit dem man die
17 Zunahme der weltweiten Fluchtbewegungen auf Null stellen kann – dazu gibt es
18 leider zu viele Krisenherde. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die daraus
19 resultierenden europäischen Rechtsnormen sind die humanitäre Antwort darauf.

20 Deutschland und seine Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren eine
21 Herkulesaufgabe geschultert: Deutschland liegt lt. aktuellen UNHCR-Angaben mit
22 2,6 Mio. Geflüchteten auf Platz 4 der Länder weltweit hinsichtlich der Anzahl
23 aufgenommener Geflüchteter. In Europa hat kein Land – außer Tschechien – mehr
24 Geflüchtete pro Einwohner aufgenommen. Es gibt Millionen Menschen in unserem
25 Land, die mit ihrem Engagement zum Gelingen beigetragen haben – Landrätinnen und
26 Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, ehrenamtlich Engagierte und
27 hauptamtlich Tätige. Auf diese humanitäre Leistung können wir mit großem Stolz
28 blicken.

29 **Um diese humanitäre Grundhaltung zukunftsfest zu machen, braucht es jetzt eine**
30 **kombinierte Strategie von Entlastung, dem Abstellen von Vollzugsdefiziten und**
31 **der beschleunigten Umsetzung der bereits beschlossenen europäischen Lösung**
32 **(GEAS).**

33 1. Entlastung

34 Aufnahme und Integration der Geflüchteten findet in den Landkreisen und Kommunen
35 statt. Hier müssen Entlastungsmaßnahmen, die kurzfristig wirken, zuerst
36 ansetzen.

37 Dazu fordern wir:

- 38 • Integration von Migrant*Innen muss per Gesetz als Pflichtaufgabe der
39 Kommunen definiert werden – statt als sog. ‚freiwillige Aufgabe‘. Dann
40 haben sie Anspruch auf eine angemessene und dauerhafte finanzielle
41 Ausstattung aus Steuermitteln dafür. Die Kommunen können dann kommunale
42 Integrationskonzepte erstellen, die angepasst auf ihre Situation vor Ort
43 wirken. Dies ist die Basis für alle Einzelmaßnahmen.
- 44 • Die Anzahl der hauptamtlichen Integrationsberater*Innen muss
45 bedarfsgerecht erhöht werden, um die Ehrenamtlichen von Routineaufgaben zu
46 entlasten. Das entlastet unmittelbar und gibt gleichzeitig den
47 Ehrenamtlichen wieder neue Kraft.
- 48 • Die Ghettobildung durch lange Verweildauer in den
49 Gemeinschaftsunterkünften muss bekämpft werden durch einen Aktionsplan
50 ‚kostengünstige Wohnungen für Geflüchtete mit Einfach-Standard‘ und die
51 Mobilisierung von Leerstand. Dafür gibt es Beispiele, z.B. in München. Das
52 Baurecht muss entsprechend angepasst werden.
- 53 • Gleichmäßige Verteilung der Geflüchteten. Immer wieder kommt es vor, das
54 kleine Kommunen mit übergroßen Gemeinschaftsunterkünften konfrontiert
55 werden. Die konsequente Anwendung des ‚Königsteiner Schlüssels‘ bei der
56 Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen (nicht nur Länder und
57 Landkreise) schafft hier sofortige Abhilfe gegen Überforderung.
- 58 • Beseitigung der noch verbliebenen Hürden für die schnellstmögliche
59 Integration in den Arbeitsmarkt; Arbeit zuerst – mit begleitenden
60 Sprachkursen.
- 61 • Schulen und KiTas müssen personell so ausgestattet werden, dass sie die
62 Integrationsaufgaben mit den zugewanderten Kindern auch wirklich leisten
63 können. Dies schafft unmittelbare Entlastung für Lehrer*Innen und

64 Erzieher*Innen vor Ort.

65 Dies alles kostet Geld und muss deshalb in den Haushalten von Bund, Ländern und
66 Kommunen entsprechend abgebildet werden. Unredlich ist das Versprechen, dieses
67 Geld könne man sich sparen, wenn man den Flüchtlingszuzug abstellte. Denn die
68 Maßnahmen sind jetzt schon dringend nötig. Wer sie verweigert, verweigert den
69 Kommunen und den Haupt- und Ehrenamtlichen konkret wirksame Entlastung.
70 Umgekehrt gilt: gelingende Integration ist die beste Prävention gegen
71 Radikalisierung, senkt mittelfristig die Kosten und trägt zum Wohlstand unserer
72 Gesellschaft bei.

73 2. Rechtslücken schließen, Vollzugsdefizite abstellen

74 Die Ereignisse der letzten Wochen haben schlaglichtartig klar gemacht, dass es
75 Lücken gibt sowohl im Vollzug geltenden Rechts als auch im Recht selbst. Dazu
76 haben unsere Landtagsfraktion und das Autorinnenpapier aus der
77 Bundestagsfraktion zur inneren Sicherheit – beide vom August 2024 - Wesentliches
78 festgestellt und gefordert. Dazu gehört u.a.

- 79 • Kein Asyl für Gewalttäter und Islamisten. Die Genfer
80 Flüchtlingskonvention, Art. 33, Abs.2, legt fest: „Auf die Vergünstigung
81 dieser Vorschrift (,Verbot der Ausweisung und Zurückweisung‘) kann sich
82 jedoch ein Flüchtling nicht berufen, der aus schwerwiegenden Gründen als
83 eine Gefahr für die Sicherheit des Landes anzusehen ist, in dem er sich
84 befindet, oder der eine Gefahr für die Allgemeinheit dieses Staates
85 bedeutet, weil er wegen eines Verbrechens oder eines besonders schweren
86 Vergehens rechtskräftig verurteilt wurde“. Diese können und sollen daher
87 abgeschoben werden. Dabei muss allerdings vermieden werden, dass es zu
88 diplomatischen Aufwertungen von Terrorregimes wie den Taliban in
89 Afghanistan kommt.
- 90 • Anspruch und Wirklichkeit zusammenbringen - Abschiebungen und
91 Überstellungen entschlossen durchführen:Es darf nicht länger hingenommen
92 werden, dass zehntausende Menschen, die aufgrund vorliegender
93 Voraussetzungen abgeschoben oder überstellt werden könnten, im Land
94 bleiben. Die Menschen erwarten, dass die Politik alle Anstrengungen
95 unternimmt, unsere Gesellschaft so zu entlasten, dass die Strukturen
96 arbeitsfähig bleiben. Die gesetzlichen Grundlagen sind geschaffen und
97 diese Bundesregierung hat sie noch einmal verschärft. Aber der Vollzug ist
98 noch mit zu vielen Mängeln behaftet.
- 99 • Zu alledem braucht es mehr Ressourcen u.a. bei den Ausländerbehörden, beim
100 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie in der Justiz, damit
101 Verfahren beschleunigt und effektiver werden. Dazu braucht es eine
102 gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern.

103 Die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen trägt zur Erhöhung des
104 gesellschaftlichen Sicherheitsgefühls wesentlich bei.

105 **3. Europäische Lösung beschleunigt umsetzen**

106 Seit April dieses Jahres gibt es – nach fast 10-jährigen Verhandlungen – ein
107 ‚Gemeinsames europäisches Asylsystem‘ (GEAS), dem alle EU-Länder und das
108 Europaparlament zugestimmt haben. Es löst das gescheiterte Dublin-System ab. Es
109 schafft ein verbindliches Solidaritäts- und Verteilsystem (entweder Aufnahme
110 Geflüchteter oder finanzielle und personelle Leistungen), bei dem die Verteilung
111 an den Außengrenzen stattfindet. Die innereuropäischen Grenzen bleiben offen.

112 Es muss bis spätestens 2026 überall in nationales Recht umgesetzt werden. Das
113 sollte schneller gehen!

114 Wir Grüne hatten und haben mit diesem Kompromiss große Bauchschmerzen. Aber
115 jetzt ist er Beschlusslage und der einzig realistische Weg, der nachhaltig
116 Entlastung für Deutschland bringen kann.

117 Konservative, Sozialdemokraten und Liberale wollten diese Reform. Es ist nicht
118 seriös, wenn man sich gegen Gesetze stellt, die man selbst gerade mitbeschlossen
119 hat.

120 Die CDU-Forderung, einseitig die Grenzen Deutschlands zu schließen, zerschießt
121 diese Lösung, weil sie eine Kette von Gegenreaktionen der anderen EU-Ländern
122 auslösen würde, an deren Ende geschlossene Grenzen in ganz Europa stünden. Das
123 Europarecht, das Schengen-Abkommen, die Genfer Flüchtlingskonvention würden
124 erschüttert. Das wäre die Abrissbirne für die europäische Nachkriegsordnung. Im
125 Alleingang kann Deutschland die komplexen Asylprobleme keinesfalls lösen.

126 Stattdessen kommt es jetzt darauf an, die europäische Lösung so schnell wie
127 möglich und mit Nachdruck umzusetzen. Dazu gehört auch, von den europäischen
128 Partnern einzufordern, dass sie Geflüchtete lückenlos registrieren und nicht
129 einfach weiterschicken an die Grenzen zum Nachbarland.

130 **Abschließend:**

131 Wir wollen eine Flüchtlingspolitik fortsetzen auf der humanitären Grundlage des
132 Völkerrechts - der Genfer Flüchtlingskonvention.

133 Damit das dauerhaft gelingt, brauchen wir jetzt konkret fühlbare und
134 wirkungsvolle Entlastung – für die Kommunen, für die Menschen, für unser Land.

135 Dafür braucht es deutliche Unterstützung für bessere Integration in den
136 Kommunen, Behebung gesetzlicher Lücken und von Vollzugsdefiziten und die
137 nachdrückliche Umsetzung der europäischen Lösung.

Unterstützer*innen

Peter Hartmann (KV Bad Kissingen)